

Beschluss

Die Pankower LINKE auf dem Weg zu neuen Strukturen und neuer Kultur

Die Pankower LINKE hat Reformbedarf. Dieser Reformbedarf betrifft sowohl die nach innen wie auch die nach außen gerichtete Arbeit.

Er ergibt sich aus der mangelnden Attraktivität der Strukturen unserer Parteiarbeit, aus der zu starken Fokussierung auf den Bezirksvorstand und die Geschäftsstelle als Zentrum des Parteilebens sowie aus immer wiederkehrenden unterschiedlichen Meinungsbildungsprozessen in Vorstand und Teilen der Basis, die sich darin oftmals nicht wiederfindet und einbezogen fühlt. Aktivierung der Mitgliedschaft, Gewinnung und Einbindung von Neumitgliedern, sowie verbesserte Vernetzung in die Gesellschaft hinein sind dabei die Zielmarken, an denen sich entsprechende Bemühungen ausrichten müssen.

Strukturveränderungen sind deshalb nötig und müssen im Interesse von demokratischer Legitimation und Arbeitsfähigkeit transparent und verbindlich sein. Sie dürfen andererseits nicht zu starr und rigide gelebt werden, um lebendige Entwicklungen zu ermöglichen. Sie müssen unseren älteren Genossinnen und Genossen genauso ein Ort politischen und sozialen Wirkens sein wie für unsere jüngeren und berufstätigen Mitglieder. Wir sind uns des Spannungspotentials dieses Zusammenhangs bewusst und alle miteinander in der Pflicht, dieser Spannung nicht auszuweichen, sondern sie als Triebkraft zu nutzen.

Die Diskussion um top-down oder bottom-up Prozesse, also darum, wie Entscheidungen zu Stande kommen und wer für was verantwortlich ist, wie Meinungsbildung stattfindet, wie legitimierte Beschlüsse entstehen, wie Transparenz und Beteiligung besser sichergestellt werden und wie die sich daran knüpfenden Hoffnungen an eine höhere Attraktivität der Partei erfüllt werden können, stellt sich auch für uns im Rahmen unserer Satzung. Sie ist mit einem Maßnahmenkatalog nicht abgeschlossen. Aber jeder Weg beginnt mit den ersten Schritten.

Für DIE LINKE Pankow schlagen wir Folgendes vor, ohne dass dies hier eine abschließende Liste sein kann.

Zentral ist das Bewusstsein für die Tragfähigkeit der eigenen Strukturen und der Art und Weise ihrer Kommunikation miteinander.

Bezirksvorstand, die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV), die ihnen zugehörigen Geschäftsstellen und Arbeitsstrukturen sowie die Ortsteilverbände und Basisorganisationen sind die wesentlichen Säulen unserer Organisation. Die Bildung von Arbeitsgruppen haben wie bisher ihren Platz und sind eine wichtige Bereicherung.

1. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, eine kontinuierliche Wahlkreisarbeit (AGH Wahlkreise) unter Einbeziehung der gesamten Bezirksorganisation, insbesondere der im letzten Wahlkampf entstandenen Wahlteams zu fördern. Zu diesem Zweck bildet der Vorstand eine **Steuerungsgruppe**, nach Möglichkeit mit Akteuren aus den Wahlteams bzw. aus den Wahlkreisen.
2. Es erscheint in diesem Zusammenhang sinnvoll, orientiert an der Wahlkreisen und nötigenfalls auch noch einmal eine Ebene darunter, **Regional- oder Ortsteilkonferenzen** als Auftakt zu benutzen, um die lokalen Bedingungen in Partei und Umfeld zu klären und eine Neustrukturierung voranzutreiben. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, die Sinnhaftigkeit und Machbarkeit gemeinsam mit den jeweiligen Basisstrukturen, Abgeordneten sowie der Linksfraktion in der BVV zu diskutieren und bis Mitte 2012 einen **Zwischenbericht** über den erreichten Debattenstand zu geben.
3. Der Vorstand wird beauftragt, den Informationsaustausch zwischen Fraktion und Basis unter Einbeziehung der interessierten Akteure zu verbessern. Nur so kann es gelingen, dass wir uns zu einer modernen attraktiven Partei entwickeln, in der wir selber gerne und informiert mitmachen, die in die Vereine und zivilgesellschaftlichen Strukturen kommuniziert und interessant für Bürgerinnen und Bürger wird.
4. Der Vorstand prüft **neue Formen des Basistages**. Es wird eine Befragung der BOen durchgeführt, welche Veränderungen gewünscht werden. Der Vorstand führt auf dieser Grundlage ggf. Veränderungen ein.
5. Der Fokus der politischen Arbeit aller Gliederungen muss viel stärker nach außen gerichtet werden. Parteiarbeit muss sich künftig stärker daran messen lassen, wie sie in die Gesellschaft hinein sichtbar wird. Diese Arbeit kann nicht allein an Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern delegiert werden. Dies ist Aufgabe aller. Ortsteilverbände sollten sich daher in Absprache mit anderen Ortsteilverbänden, der Linksfraktion in der BVV und dem Bezirksvorstand ebenfalls eigene vor allem nach außen gerichtete Vorhaben für jedes Jahr erarbeiten. Dabei muss ein gesundes Maß zwischen innengerichteter Aktivität zur politischen Meinungsbildung und nach außen gerichteter Arbeit entwickelt werden.
6. Die vielbeschworene Mitmachpartei wird es nur geben, wenn die die schon drin sind, eine bewusst gestaltete Willkommenskultur miteinander und nach außen entwickeln und zwar sowohl in den kleinsten Basisstrukturen als auch auf allen anderen Ebenen.
7. Darüber hinaus wird es entscheidend sein, regionales bürgerschaftliches Engagement aktiv zu begleiten, was nicht in jedem Fall heißen muss, deren Anliegen jeweils 1:1 zu teilen, aber mindestens die eigenen Standpunkte und Expertisen mit in die Diskussion zu werfen. Die Kontaktpflege zur Linksfraktion in der BVV ist hierbei unerlässlich. Hier kann sich bei sensiblem Umgang mit Bürgerinitiativen u.a. auch durchaus neues Mitgliederpotential ergeben. Schulen und Kitas, Bürger- und Sportvereine, Stadtteilstefte, Antifa-Gruppen und auch Kirchengemeinden - überall dort, wo Menschen im Ehrenamt zusammenkommen,

- überall dort, wo Menschen aus der Privatsphäre heraustreten und als gesellschaftliche Wesen in Erscheinung treten, müssen auch wir sein.
8. Die Arbeit von Linksfraktion in der BVV, einschließlich der Stadträtin muss enger mit dem Bezirksvorstand koordiniert und in die Partei kommuniziert werden. Die bisherige Berichterstattung aus der Fraktion und dem Bezirksamt leistet nicht, was sie leisten muss. Funktionale Ideen hierzu müssen erst noch entwickelt werden. Hierzu ist bei der Basis abzufragen, welche Informationen aus Linksfraktion und dem Bezirksvorstand in welchen Zeitabständen auf welchen Wegen gewünscht und erforderlich sind, um die berechtigten Ansprüche der Basis nach Transparenz und Mitentscheidung unterstützen zu können.
 9. Die Linksfraktion in der BVV überlegt gemeinsam mit dem Bezirksvorstand, wie sie stärker in der lokalen Öffentlichkeit in Erscheinung treten kann. Dazu wird nach der Diskussion mit der neu konstituierten Fraktion vom Bezirksvorstand bis April 2012 ein Konzept entwickelt und vorgelegt, das sowohl die bisherigen Publikationen wie extradrei, das Infoblatt der Fraktion, den Internetauftritt als auch neue Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Herausgabe eines monatlichen Newsletters, einbezieht.
 10. Veranstaltungsformate, wie „Linke Freundeskreise Pankow“, Aktionsgruppen wie „Linke Helferlein“ (in Anlehnung an die Subotniktradition), der Rote Salon, das Stadtgespräch, die Anlaufstelle Hartz IV oder die in Pankow bereits eingeführten Neumitgliedertreffen müssen neu belebt, qualifiziert und durch weitere Ideen ergänzt werden. Auch traditionelle Stadtteil- und Sommerfeste müssen wieder stärker als Kommunikationsmittel in den Kiezen in das Blickfeld der politischen Arbeit gelangen. In Einzelfällen gibt es das durchaus, aber eben nicht systematisch. Dazu ist von Bezirksvorstand ein jährlicher Veranstaltungs- bzw. Aktivitätsplan in Abstimmung mit den Basisstrukturen zu entwickeln. Hierbei sind die finanziellen Möglichkeiten des Bezirksverbandes dringend zu berücksichtigen. Der erste Kalender dazu ist Mitte 2012 für das 2. Halbjahr 2012 vorzulegen.
 11. Der Internetauftritt der Bezirksorganisation ist weiter zu qualifizieren und für internetbasierte Kommunikation zu qualifizieren. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, das Interesse an Schulungen zum Umgang und zur intensiveren Nutzung in der Mitgliedschaft abzufragen und bei Bedarf Schulungen zu organisieren. Ziel ist, dass über die vorhandene Präsentation von Basisorganisationen hinaus, jeder Ortsteilverband einen jederzeit aktuellen, aussagekräftigen und ansprechenden Internetauftritt präsentieren kann. Das Ergebnis der Abfrage ist im März 2012 durch die Internetredaktion zu bearbeiten.
 12. Die finanzielle Situation der Partei macht es erforderlich, auch in den einzelnen Gliederungen Diskussionen über die Beitragsmoral und die Bedeutung materieller Ressourcen für die Arbeit neu zu thematisieren. Dabei kann eine offensive Offenlegung der Beitragsleistungen der einzelnen Bezirksverbände durchaus hilfreich sein. Der Bezirksvorstand wird beauftragt mit der Landesschatzmeisterin in das Gespräch darüber einzutreten, wie die Beitragsleistungen im ersten Schritt transparent gemacht und im Ergebnis verbessert werden können.

13. Dringend wird die Neuordnung der Geschäftsstellenstruktur. DIE LINKE Berlin ist gehalten, die bislang vertagte Debatte zur Strukturierung von Geschäftsstellen bzw. Anlaufpunkten der Partei in den Bezirken angesichts geringer werdender Ressourcen nun endlich anzupacken. Alte Besitzstände und ererbten Luxus können wir uns nicht mehr leisten. DIE LINKE Pankow hat bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass wir bereit sind, zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit den angrenzenden Bezirken nach einer gemeinsamen Lösung für einen verkehrsgünstigen und attraktiven Standort zu suchen.
14. Da [solid] Pankow sich aufgelöst hat, wird der Bezirksvorstand beauftragt, mit weiteren interessierten Mitgliedern den Versuch zu unternehmen, einer neuen Basisstruktur für junge Menschen ins Leben zu helfen.
15. Auch die Landesstiftung Helle Panke muss künftig einen stärkeren Beitrag zur Diskussion stadtpolitischer Themen leisten und ihren Plattformcharakter für impulsgebende und -aufnehmende Kommunikation mit fortschrittlichen Akteuren der Stadtgesellschaft stärker ausprägen. Im Bereich der politischen Bildung wäre es wünschenswert, wenn die Kooperation mit den Bezirksverbänden ausgebaut würde. Hierzu soll der Bezirksvorstand offensiv mit der Landesebene und anderen Bezirksverbänden in Kontakt treten, um gemeinsame Interessen und Wünsche an die Kooperation mit der Hellen Panke zu formulieren. Sollte dies nicht möglich sein, soll der Bezirksvorstand die vorhandene räumliche Nähe nutzend auch allein aktiv werden.
16. Der Vorstand sorgt für eine Auswertung des Bezirks-Wahlkampfes. Ziel ist die Sicherung von Erkenntnissen und Wissen aus dem Wahlkampf als Grundlage für künftige Wahlkämpfe. Dies betrifft die Situation in den Wahlkreisen, aber vor allem auch die Planung, Organisation und Aufgaben-Verteilung. Von einer Debatte über Schuld („X hätte dies, und Y jenes tun müssen“) ist an dieser Stelle abzusehen. Vielmehr geht es darum, Rollen und Aufgaben für künftige Wahlkämpfe kritisch zu hinterfragen und Schlussfolgerungen festzuhalten.
17. Schon zum wiederholten Male gab es ein tiefes Unbehagen nicht nur der Basis mit der Wahlkampagne. Es ist deutlich geworden, dass die professionelle Werbeagentur gemeinsam mit den Entscheidungsgremien die Werbekampagne am Puls der Stadt vorbei entwickelt hat. Für einen künftigen Wahlkampf auf Landesebene muss die Entscheidung über die richtigen Plakate und Themen auf breitere Schultern verteilt werden. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, in diesem Sinne auf den Landesvorstand einzuwirken.
18. Alle hier beschlossenen Aktivitäten und Maßnahmen sind so vorzubereiten, dass ein Höchstmaß an verantwortlicher Beteiligung durch die Basis gewährleistet wird. Dafür ist ein entsprechender Arbeitsplan darüber, welche Maßnahmen wann und von wem bearbeitet werden, auf der Internetseite der Bezirksorganisation bis zum Jahreswechsel zu veröffentlichen und dann regelmäßig zu pflegen sowie auf den Basistagen 2012 zu verteilen.
19. Die Basis wird ausdrücklich gebeten, durch eigne Präsenz, durch Anträge und Aktivitäten im Bezirksvorstand und in der Linksfaktion deren Arbeit wesentlich stärker als bisher mitzuprägen.